

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches

mit Außenminister Johann Wadephul am 19. November 2025

Länderthema

Namibia

Organisationen

Werkstatt Ökonomie (WÖK)/Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Gesellschaft für bedrohte Völker medico international

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Nach wie vor prägen koloniale und apartheidbedingte Strukturen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Namibias: Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Landbesitz führt dazu, dass die in der namibischen Verfassung verankerten Rechte für große Teile der Bevölkerung faktisch unerreichbar bleiben. Die deutsche Außenpolitik trägt – unmittelbar und mittelbar – zur Fortsetzung dieser Verhältnisse bei.

1. Auswirkungen des Völkermords an den Ovaherero und Nama

Im Jahr 2023 stellten Sonderberichterstatter:innen der Vereinten Nationen fest, dass viele Ovaherero und Nama seit Generationen dazu verdammt sind, in institutionalisierter Armut zu leben, da sie ihres ertragreichen Weidelandes beraubt wurden, das die wirtschaftliche Grundlage ihrer Existenz bildete, und einen Großteil ihres kulturellen Erbes verloren haben. Diese Situation ist eine direkte Folge des von deutschen Kolonialtruppen verübten Völkermords zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Grundsätzlich ist zwar zu begrüßen, dass die Bundesrepublik Deutschland nach Jahrzehnten des Schweigens einen Prozess der Aufarbeitung eingeleitet hat. Der gewählte Ansatz, der in der sogenannten *Joint Declaration (JD)* mündete, erweist sich jedoch aus mehreren Gründen als ungeeignet, um Gerechtigkeit herzustellen:

Erstens muss derjenige, der wie die BRD „Versöhnung“ als Ziel ausgibt, die Bedürfnisse und Perspektiven der Betroffenen ins Zentrum des Prozesses stellen und diesen zuhören. Jedoch wird die *JD* von einem Großteil der Nachkommen der Betroffenen abgelehnt. Dies zeigt sich auch in der laufenden Klage vor dem *High Court* in Windhoek. Unabhängig vom Ausgang ist dieses juristische Verfahren auch als politischer Ausdruck des Protests gegen den Ausschluss der Betroffenenverbände aus den Verhandlungen zu verstehen.

Zweitens verletzt die Bundesrepublik mit dem gegenwärtigen Vorgehen grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen, insbesondere die ILO-Konvention Nr. 169. Als Vertragsstaat ist Deutschland verpflichtet, internationale Standards zur Selbstrepräsentation indigener Bevölkerungsgruppen einzuhalten. Diese Verantwortung kann nicht auf die namibische Regierung delegiert werden. Gerade weil ein erheblicher Teil der Ovaherero und Nama infolge des Völkermords in der Diaspora lebt – etwa in Botswana, Südafrika oder den USA – sind bilaterale Regierungsverhandlungen ungeeignet: Die namibische Regierung kann diese Bevölkerungsgruppen nicht vertreten. Ein trilateraler Ansatz unter direkter Einbeziehung der Betroffenenverbände ist daher unabdingbar.

Drittens bleibt die Landfrage im Rahmen der *JD* weitgehend unbearbeitet. Da nach wie vor rund 70 % der kommerziell genutzten Agrarflächen im Besitz weißer Siedler:innen sind, kann ohne eine gerechte Lösung dieser Frage keine strukturelle Gerechtigkeit erreicht werden.

Viertens muss die Bundesregierung zur Zahlung von Reparationen an die betroffenen Gemeinschaften bereit sein. Diese unterscheiden sich grundlegend von den in der *JD* vorgesehenen Mitteln und sind eine notwendige Voraussetzung für Gerechtigkeit. Reparationen sind mehr als finanzielle Leistungen: Sie sind eine Antwort auf schwere Menschenrechtsverletzungen und müssen sowohl individuelle als auch kollektive Ansprüche der Nachkommen berücksichtigen. Der Ansatz der Bundesregierung lediglich von „moralischer Verantwortung“ und „Heilung der Wunden“ zu sprechen, verschiebt den Fokus von den Opfern hin zu den Tätern. Dadurch werden die Nachkommen der Opfer zu Objekten der Wohltätigkeit, statt als eigenständige Akteure mit legitimen Rechten anerkannt zu werden.

2. Megaprojekt „Hyphen“ und Wasserstoffpartnerschaft zwischen Namibia und Deutschland

Namibia gilt als besonders günstiger Standort für die Produktion von grünem Wasserstoff. Große Erwartungen hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Jobschaffung werden durch die namibische Regierung und das Unternehmen Hyphen Hydrogen Energy unter deutscher Beteiligung geweckt. Kritische Stimmen aus

der namibischen Zivilgesellschaft, lokalen Gemeinschaften und der *Namibian Chamber of Environment* weisen jedoch auf diverse Probleme hin:

Ökologische Risiken: Der großflächige Eingriff in sensible Ökosysteme des Tsau//Kae-Nationalparks – einem von nur weltweit zwei ariden Biodiversitätshotspots – gefährdet Biodiversität und lokale Umweltgleichgewichte. Auch die angrenzende Küstenzone und das Meer, als Important Bird Area (IBA) und Key Biodiversity Area (KBA) ausgewiesen, sind betroffen. Die geplanten Entsalzungsanlagen könnten umweltschädliche Abfälle wie Sole ins Meer oder in den Boden leiten. Zudem würde der notwendige Infrastrukturaufbau erhebliche negative Auswirkungen auf Küsten- und Meeresökosysteme haben.

Ökonomische Risiken: Das Projekt könnte neue Verschuldung verursachen und bestehende koloniale Wirtschaftsstrukturen fortschreiben, mit Rohstoffproduktion im Globalen Süden und Wertschöpfung im Globalen Norden. Die unklare Nachfrage nach grünem Wasserstoff macht das Vorhaben wirtschaftlich riskant und könnte Namibia als Anteilseigner abhängig machen. Die vom Hyphen-Projekt beworbenen ökonomischen Vorteile sind kritisch zu sehen. Beispielsweise hat das Unternehmen bislang kaum Informationen über die möglichen sozialen Auswirkungen des Projektes veröffentlicht. Es wird befürchtet, dass Jobs des Projekts größtenteils im Ausland besetzt werden, sodass die lokal ansässige Bevölkerung kaum profitieren würde.

Demokratische Defizite: Von Deutschland und Namibia ratifizierte internationale Abkommen erkennen das Recht Indigener Völker auf Selbstbestimmung an. Obwohl es sich um ein Milliarden-Investment in ihrem traditionell angestammten Gebiet handelt, wurden die Nama bisher nicht gemäß dem internationalen Standard freier, vorheriger und informierter Zustimmung (FPIC) konsultiert.

Historische Sensibilität: Zum einen ist das Projekt auf Land geplant, von dem die Nama im Rahmen des Genozids vertrieben wurden. Zum anderen umfasst die im Zusammenhang mit Hyphen stehende geplante Hafenerweiterung bei Lüderitz auch Shark Island (ehemaliges Konzentrationslager für Ovaherero und Nama) und gefährdet damit historische Zeugnisse des Völkermords. Massengräber entlang der Küste zeugen bis heute davon. Der Ort hat für Nama und Ovaherero große historische und spirituelle Bedeutung.

Diese Aspekte lassen erkennen, dass das Projekt in seiner derzeitigen Ausgestaltung erhebliche menschenrechtliche, ökonomische, ökologische und historische Risiken birgt. Aus diesem Grund schließen wir uns den namibischen Stimmen an, die einen Stopp des Projekts fordern. Für Namibia selbst wäre eine dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien – insbesondere durch direkte Stromerzeugung aus Solar- und Windkraft für den lokalen Bedarf – volkswirtschaftlich nachhaltiger und sozial gerechter. Eine gerechte Energiewende darf nicht zu einer Neuauflage kolonialer Wirtschaftsbeziehungen führen, sondern muss den Menschen in Namibia zugutekommen und auf Prinzipien von Teilhabe, Nachhaltigkeit und historischer Verantwortung basieren.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung:

1. Auswirkungen des Völkermords an den Ovaherero und Nama

- Keine Unterzeichnung der *Joint Declaration*
- Neuverhandlungen unter Einbeziehung aller Organisationen, die die Nachfahren der Opfer in Namibia und der Diaspora repräsentieren
- Reparationszahlungen an die Ovaherero und Nama
- Vollumfängliche Anerkennung des Genozids sowie Entschuldigung des deutschen Staatsoberhauptes bei den Ovaherero und Nama vor Ort

2. Megaprojekt „Hyphen“ und Wasserstoffpartnerschaft zwischen Namibia und Deutschland

- Stopp des Grünen Wasserstoffprojektes bei Lüderitz in seiner aktuellen Konstellation, um ökologische und ökonomische Risiken von Namibia abzuwenden. Die Energiepolitik Namibias soll vor Ort (ausgehend von internen Notwendigkeiten und unter Beteiligung aller relevanten Akteur:innen) definiert werden.
- Unterstützung der Energiepolitik Namibias für eine dezentralisierte Versorgung durch direkte Energieerzeugung mit Wind und Solar, um dadurch neben der Dezentralisierung auch die Demokratisierung der Energieproduktion und -verteilung voranzubringen.
- *Shark Island* und die dazugehörige Küstenregion sollen einer der zentralen Erinnerungsorte des deutschen Genozids in Namibia bleiben und entsprechend gestaltet werden. Sie dürfen nicht für die Bedürfnisse der deutschen Schwerindustrie zerstört werden.